

Weilburger Tageblatt.



(Anzeiger für Weilburg und Umgegend)

Stadtsblatt der Stadt Weilburg • In sämtlichen Bürgermeistereien des Oberlahntales gehalten

Bezugspreis: Erscheint an jedem Werktag und kostet abgeholt monatlich 70 Pfg., bei unseren Anzeigern monatlich 80 Pfg., vierteljährlich durch die Post ohne Bestellgeld RM. 2.40.

Verantwortlicher Schriftleiter: J. B. Albert Pfeiffer, Weilburg.
Druck und Verlag: J. Zipper & Co. m. b. H., Weilburg.
Telephon Nr. 24.

Insertate: die einseitige Garmondzeile 15 Pfg., haben bei der großen Verbreitung des Blattes nachweislich den besten Erfolg. Inseratenannahme: Kleinere Anzeigen bis 8 Uhr morgens, größere tags vorher.

Nr. 100.

Dienstag, den 30. April 1918.

57. Jahrgang.

(Nachdruck verboten.)

Vor einem Jahr.

30. April 1917. Während an der Arasfront die Artillerietätigkeit wechselnd stark blieb, dauerte an der Aisne und in der Champagne die Artillerieschlacht an. Zwischen Proseus—Auberive setzten die Franzosen frische Divisionen zum Stoß an, doch scheiterte der Ansturm am zähen Widerstand der deutschen Truppen, die im vollen Besitz ihrer Stellungen blieben. 22 feindliche Flugzeuge wurden abgeschossen. — Die von der deutschen Heeresverwaltung angeordneten Gegenmaßnahmen gegen die Unterbringung deutscher Kriegsgefangener hinter der französischen Front hatten vollen Erfolg; die französische Regierung teilte mit, daß alle deutschen Gefangenen bis mindestens 30 Km. hinter der Front verbracht würden.

Der Krieg.

Tagesbericht der obersten Seeresleitung.

Großes Hauptquartier, 29. April. (W. B. Amtlich.)
Westlicher Kriegsschauplatz.

Auf dem Schlachtfeld in Flandern von Mittag an auflebender Artilleriekampf. Die Deute seit der Erstürmung des Kemmel hat sich auf über 7100 Gefangene, darunter 181 Offiziere, 53 Geschütze und 233 Maschinengewehre erhöht. Zwischen dem La Bassée-Kanal und der Scarpe, sowie nördlich von der Somme rege Erkundungstätigkeit der Engländer. Starke Teilangriffe der Franzosen gegen Hangardwald und Dorf wurden blutig abgewiesen. Vorfeldkämpfe an vielen Stellen der übrigen Front. Auf dem Ostufer der Maas brachte ein Vorstoß in die französischen Gräben Gefangene ein.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Vom westlichen Kriegsschauplatz.

Berlin, 28. April. (W. B.) Beim Angriff der Armee des Generals Sigt v. Arnim gegen den Kemmelberg am 25. April zeigte sich mit Klarheit, wie es über diesem Kampffeld um die Luftbeherrschung steht, die die englischen Fliegertruppen in ihren Heeresberichten stets zu besitzen behaupten. An diesem Tage ermöglichte eine geringe Besserung des Wetters den planmäßig zusammengefaßten Einsatz unserer dort kämpfenden Fliegerverbände, die alle ihre Aufgaben durchführen konnten, ohne daß der mindestens gleich starke Gegner auch nur die geringste Gegenwirkung erzielte. Unsere Schlachtfieger konnten besonders zahlreiche Angriffe gegen feindliche Batteriestellungen bis weit hinter die feindliche Front vortragen, unsere Infanterieflugzeuge den Verlauf des Angriffes dauernd überwachen, ohne daß auch nur ein einziges deutsches Flugzeug durch feindliche Einwirkung verloren ging. Unsere Jagdstreikräfte schützten die Infanterie- und Schlachtfiegerverbände über dem gesamten Schlachtfeld, ohne daß der Gegner es wagte, ihnen mit stärkeren Verbänden entgegenzutreten. Von den feindlichen Flugzeugen, die sich zeigten, wurden vier im Luftkampf abgeschossen. So war die eigene Infanterie und Artillerie in vollkommener Weise von den Luftstreitkräften unterstützt, die bis in 10 Kilometer Tiefe die Herrschaft über das Schlachtfeld behaupteten.

Berlin, 28. April. (W. B.) Nach dem Abweisen der feindlichen Gegenangriffe führte am Abend des 27. April unser Gegenstoß uns über die frühere Linie hinaus, so daß durch das schnelle Zusetzen aus eigenem Entschluß der Truppe, die den Ort Voker zäh verteidigte, das Gspitz östlich des Ortes genommen und der Gegner vom Höhenrücken südwestlich Vokerhof geworfen wurde. Im Laufe des Vormittags lag von Boormezeele bis Bailleul vorübergehend starkes feindliches Feuer auf unseren Linien. Unter dem Druck unserer gestrigen Erfolge nach dem Verlust des die Ebene weit hin beherrschenden Kemmel begann der Gegner im Ypern-Bogen, von unseren Truppen scharf verfolgt und zum Kampfe gezwungen, seit dem 27. April, 6 Uhr vormittags, zu weichen. Die Überwindung der Steenbachlinie südlich Langemark führte zu Nachkämpfen und für den Feind zu verlustreichen Gegenangriffen. Im Laufe des 27. April wurde an der Straße Wytschachte—Ypern das dicht nördlich des Kanalkalles liegende Schloß sowie der Ort Boormezeele gestürmt. An beiden Stellen hatte der Feind starken Widerstand geleistet und dementsprechend schwere Verluste. Er ließ mehrere hundert Gefangene in unserer Hand.

Berlin, 28. April. (W. B.) Wie jäh sich der Gegner wehrte und wie tapfer die Unseren kämpften, erweist folgendes Beispiel: Ein deutscher Unteroffizier wurde von seinen Kameraden mit neun Bajonettschlägen noch lebend aufgefunden. Er hatte sich allein einer Übermacht von Franzosen erwehrt, von denen 18 tot und schwer verwundet um ihn herumlagen. Das Eiserne Kreuz erster Klasse, das ihm hierfür vom Divisionskommandeur herausgeschickt wurde, traf den Tapferen nicht mehr am Leben.

Die Entscheidung an der Westfront.

Haag, 29. April. (T. U.) Die Auslassungen der holländischen Presse lassen erkennen, daß die neutralen Sachverständigen die Entwicklung der deutschen Offensive ganz anders beurteilen als die zur Schönfärberei genötigte Militärfiktion der Entente. So kommt die „Haagsche Post“ auf Grund der letzten Ereignisse zu der Überzeugung, daß die Entscheidung an der Westfront bis zum 1. Juli fallen werde.

Genf, 29. April. (T. U.) Alle Pariser Militärkritiker erklären, die derzeitigen deutschen Angriffe seien nur der Auftakt für die kommenden letzten größeren Angriffe; sie geben die Bedeutung des Verlustes des Kemmel-Berges zu. Das „Journal“ meint, daß die von den Deutschen eroberten Stellungen den Ausgangspunkt für neue Kämpfe bilden werden.

Schutzmaßnahmen gegen die Beschließung von Paris.

Genf, 29. April. (T. U.) Die Pariser Gemeindevertretung sowie die Abgeordneten und Senatoren des Seine-Departements haben sich durch die unausgesetzte Beschließung veranlaßt, sich mit Clemenceau und dem Pariser Militärgouvernement ins Einvernehmen zu setzen, damit die Schutzmaßnahmen für die beunruhigende Bevölkerung auch in den Nachtstunden ununterbrochen Anwendung finden. Die Untergrundbahnstationen sollen Tag und Nacht offen bleiben.

Der Kampf zur See.

Berlin, 29. April. (W. B. Amtlich.) Im Armeekanal wurde von einem unserer U-Boote ein mindestens 10000 B.-R.-Z. großer Transportdampfer, der durch Kreuzer, mehrere Zerstörer und Bewachungsfahrzeuge außerordentlich stark gesichert war, torpediert. Die Gesamtsumme des versenkten Handelschiffsraums ist nach den eingegangenen Meldungen 17000 B.-R.-Z. Das Führerflugzeug einer unserer Jagdstaffeln in Flandern unter der bewährten Führung des Oberleutnants J. S. Christiansen, hat gelegentlich eines Ausklärungsfluges in den Hoofden ein feindliches Curtiss Boot abgeschossen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Wilde Gerüchte in Holland.

Haag, 29. April. (T. U.) Die Spannung im Publikum über die politische Lage kommt in wilden Gerüchten zum Ausdruck. Die Ententeblätter arbeiten lebhaft mit Verdächtigungen der Friedensliebe Deutschlands gegenüber Hollands.

Freiwilliger Rückzug der Italiener aus Tirol.

Wien, 29. April. (T. U.) Wie die Blätter aus Bozen berichten, haben die Italiener die Stadt Ala in Südtirol freiwillig geräumt und die Bevölkerung in das Hinterland gebracht. Die Italiener scheinen das getan zu haben, weil sie mit einer unmittelbar bevorstehenden österreichischen Offensive rechnen.

Die Forderungen der Tschechen.

Wien, 29. April. (T. U.) Wie aus Graz gemeldet wird, gab der Bischof Dr. Doubrowsky eine Erklärung ab, in der er verlangte, daß die Tschechen ein selbständiges Reich im Rahmen des ungarischen Staates erhalten müssen, in das auch die deutschen Gebiete Böhmen, Mähren und Schesien einverleibt werden sollen.

Budapest, 29. April. (T. U.) Die Stadt Klausenburg beschloß, die Regierung aufzufordern, dafür Sorge zu tragen, daß die in Ungarn anwesenden tschechischen Offiziere aus dem Lande entfernt werden und beantragt, an den Monarchen die Bitte zu richten, im Sinne der pragmatischen Sanktion der Integrität des ungarischen Staates gegenüber den tschechischen Ansprüchen nach dem slowakischen Nordungarn zu wahren.

Deutschland.

Berlin, 29. April.

— An dem am Sonntag im Sitzungssaal des Abgeordnetenhauses stattgefundenen Preuentag der nationalliberalen Partei nahmen zahlreiche Vertreter aus allen Teilen Preußens teil, um zum gleichen Wahlrecht Stellung zu nehmen. Abg. Dr. Friedberg leitete

die Verhandlungen mit einer Ansprache ein, die auf die Bedeutung der Entscheidung hinwies, die Hoffnung auf einen starken deutschen Sieg ausdrückte und mit einem Hoch auf den Kaiser schloß. — Das Referat erstattete der Abg. Dr. Schiffer. Er führte aus, die nationalliberale Partei befinde sich in einer ersten Krise. Es habe keinen Zweck, vor dieser bedauerlichen Tatsache die Augen länger zu verschließen. Die frühere Stellung der Partei zur Wahlrechtsfrage müsse jetzt außer Betracht bleiben. Heute gelte es, mit beiden Füßen auf dem Boden der Gegenwart zu stehen und die Gegenwart weise gebieterisch auf das gleiche Wahlrecht hin. An einer eventuellen Auflösung des Abgeordnetenhauses sei nicht zu zweifeln, nachdem Krone und Volk sich geeinigt hätten. Ob dann das neue Abgeordnetenhaus das gleiche Wahlrecht mit den jetzt möglichen Kantelen bewilligen werde, sei zu bezweifeln. Was sich jetzt abspielt, sei keine bloße Tagesströmung, sondern sei der Strom der Entwicklung, der jedes Widerstands spotte. Man solle sich von den Wogen nicht treiben, sondern tragen lassen. Die Rede wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen. — Ihr folgte als Gegenreferent Abg. Dr. Lohmann: Die Einführung des gleichen Wahlrechtes werde ein Überwuchern der Sozialdemokratie bringen mit ihrer Rückwirkung auf die Staatsaufgaben, auf die anderen Bundesstaaten, auf die Gemeinden und auf die Ostmark. Die königliche Botenschaft sei ein Unglück gewesen und verpflichte zu nichts als zu einer gewissenhaften Prüfung. Bethmann Hollweg habe die Partei in die schwierige Lage gebracht, und diesem Mann hätten gegen den Willen der Landtagsfraktion Nationalliberale heimlich zugeredet, das Reichstagswahlrecht in Preußen einzuführen (Zuruf: Namen nennen!) Wenn einst die Partei zu Grunde gehen sollte und mit ihr das Vaterland, dann werde die Feststellung der Namen erfolgen, nicht nur im Interesse der nationalliberalen Partei, sondern erst recht im Interesse des Vaterlandes. Dr. Lohmann hält einen Widerstand noch für aussichtsreich. Gewisse Vorgänge im Ausschuß deuteten darauf hin, daß die Regierung ihr letztes Wort noch nicht gesprochen habe. Ihr äußerstes Maß an Zugeständnissen werde sie erst mitteilen können, wenn das Herrenhaus gesprochen habe. Aber je größer die Phalanx der Widerstrebenden sei, um so größer die Masse der Konzessionen, die die Regierung zu machen bereit sein werde. Bedauerlich sei nur, daß die Partei den geschicktesten Unterhändler an die Gegenseite verloren habe (Große Heiterkeit) Je mehr hier Bedenken gegen das gleiche Wahlrecht angeführt würden, um so mehr würde bei der Regierung durchzusetzen sein. „Wenn wir heute den nationalliberalen Ministerkollegen einen Offenbarungseid auferlegen wollten, was sie an Zugeständnissen glauben machen zu können, sie würden diesen Eid verweigern, denn sie wissen es noch nicht. Daher empfiehlt sich auch für uns mögliche Zurückhaltung.“ Er spreche vielleicht das letzte Mal öffentlich zu Parteifreunden. Gelingen die Verständigung nicht, so werde man ihn nicht wiedersehen. — Der dem Vertretertag zur Entschließung vorgelegte Antrag (Resolution Leibig) hatte folgenden Wortlaut: Der 5. preussische Vertretertag der nationalliberalen Partei stellt sich auf den Boden des gleichen Wahlrechtes für Preußen, das er als eine Staatsnotwendigkeit erachtet. Er erwartet deshalb, daß die nationalliberalen Mitglieder des Abgeordnetenhauses dem gleichen Wahlrecht im Rahmen der Regierungsvorlage zustimmen. Er lehnt die Verantwortung dafür ab, wenn nationalliberale Abgeordnete nach der Entscheidung des Preuentags als der maßgebenden Parteinstanz durch ihre Abstimmung den Antrag gegen das gleiche Wahlrecht herbeiführen sollten. In der Debatte sprach sich Prof. Baumgarten (Riel) für das gleiche Wahlrecht aus, dessen Freund er durch den Krieg geworden sei. — Abg. Dr. Friedberg betonte, daß der Preuentag keinen Druck auf die Abgeordneten ausüben solle, aber die Partei müsse eine Plattform haben, mit der sie in den Wahlkampf gehen könne. Er müsse im Wahlkampf die Verantwortung dafür ablehnen können, wenn mit nationalliberalen Stimmen das gleiche Wahlrecht scheitere. Auch er habe einzelne Bedenken, die schwersten für die Ostmarkenpolitik. Diese Bedenken bestünden aber auch beim Pluralwahlrecht. Mit vollem Recht habe Dr. Lohmann den Widerstand nur des Widerstands wegen abgelehnt. Das sei in der Tat der Kernpunkt Dr. Lohmanns habe uns da aber im Stich gelassen. Er habe gemeint, es bestehe vielleicht doch noch die Möglichkeit, die Widerstände zu überwinden. „Mit dieser Redensart aber lassen wir uns nicht abspießen. Daraus mit Ihren Grübeln. Herr Dr. Lohmann. (Dr. Lohmann: Dienstag). Nun, Sie legen der Regierung den Manifestationseid auf. Hier befinden Sie sich doch unter Parteifreunden. Hier können Sie es sagen. Nach meiner

